Offnungszeiten

Französischpflicht weckt Unmut







101 Dundrers Didler Burkhalter

Ellete or six Arbeitsgroptisch, in

den Gesprücken betreeten die bei-

den Assertantinister, dass die Besiebungen pelschen der Schweite and Tolorden selt der tanenbehen. Sevalution was 2010 and 2011 intendor greenber seles, Stockreat Dider Budduller bezeichsyte debei die Resielungen zwischen den betiden Litrabern als assignmetchnen.

Grünen vergessen

BASEL uto Dir Algorovice Plaket

Solidg Plakate der bangen Gelaum

in Basel authobiogen. Die Konno-

bis der Nationalvärkundsbern der begen Grüsen hätten rust Wochen

long at verwhirebroom Philastifachen

bingen sollen. Wed in Stallfastion

schäre Plabationes verhoten ist, bibli

non dem Jungen Grönen Misshals em underger fed setter Waldham

pagne, teller denen salt. Die APG

Bons Febbin, der wegen betreter

Schwule sollen

BOTES KREUZ ols. Der Duchser

band Bangerole WK will eleman

wir der Bandrerst, dass kliefig

such Schoole Blat spenden blin-

sen. Der Duckreefsand prüft derzeit Vorschäfige durs, Einer duron sielle

ros, dans Schoole spenden blessen.

weeze de ein lafe lang betwee lien hatten. Ziel des Dachverbandes sei

etre indrabarle Segotachtung des

Bigkeredulters - sters un beram rafindre, sh jemané ngelminig

achillotton has but und so dan Biolio

für eiter Aids-Übertragung broch ist.

mit werdneleiden Partison unge-

Blut spenden

bedieset gende steer Spechete

profestual (UPC) for responses.

Plakate der







Ist das Milizparlament nur noch eine Illusion?

BERN Laut Studien sind Milizpolitiker in Bern längst in der Minderheit. Besonders attraktiv ist ein Parlamentsmandat für Junge. Vier jüngere Politiker sagen, was sie von der Entwicklung halten.

den Empfehlungen der EEK Stellung sahtsem, hach bei den Pfalugrapischen

ria Milhagodrokrorrokosfeninz der

Justiniachoete (SKZ) genetowan zo

In wenigen Tagen wählt die Schweiz ihr Parlament. Viele neu und wieder Gewählte dürften sich ganz oder primär der Politik widmen. Damit liegen sie im Trend: Laut Studien hat sich das Parlament in letzter Zeit entgegen der öffentlichen Wahrnehmung zusehends in Richtung Berufsparlament entwickelt. «Das Milizparlament scheint primär in den Köpfen und weniger im Ratssaal weiter zu existieren», konstatierte Sarah Bütikofer 2013 im Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsforschung. Die Politologin hat die Entwicklung untersucht. Nur noch rund ein Drittel der Parlamentarier seien Milizpolitiker - Politiker also, die ihr Amt neben dem angestammten Beruf ausüben.

Kaum mehr Führungskräfte

Besonders hoch ist der Anteil der Vollzeitpolitiker laut Bütikofer im Ständerat, wo der Aufwand grösser ist, weil die einzelnen Politiker mehr Kommissionssitze besetzen. Auch der berufliche Hintergrund der Politiker hat sich verändert: Angestellte Führungskräfte etwa waren in der letzten Legislatur kaum mehr vertreten. Das gilt auch für namhafte Unternehmer, von denen nach Peter Spuhlers Rücktritt neben Nationalrat Ruedi Noser (FDP, Zürich) nur noch wenige im Parlament sitzen. Die Bezeichnung Unternehmer ist zwar populär. «Doch auch Anwälte oder Freiberufler mit wenig Personal nennen sich so», sagt Bütikofer.

Mehrere Faktoren führten zu dieser Entwicklung. Auch in der Schweiz ist es heute gut möglich, auf nationaler Ebene von einem Parlamentsmandat zu leben. Ein Nationalrat kam 2014 laut einer Auswertung der Parlamentsdienste mit Entschädigungen im Schnitt auf rund 138 000 Franken, wovon rund 60 000 Franken steuerfrei sind. Das liegt deutlich über dem Schweizer Median-Bruttolohn der letzten Jahre. Im Ständerat waren es 148 000 Franken. Neben der Entschädigung baute das Parlament auch die administrative Unterstützung aus.

Komplexe Vorlagen

Vor allem aber hat der Aufwand für die politische Arbeit stark zugenommen. Die Politik handelte in letzter Zeit oft unter Druck von internationalen Entwicklungen, gerade im Steuer- und Finanzbereich. Bundesrat und Verwaltung verabschieden in hoher Kadenz kom- roni (FDP Aargau 36) Fr ist zu 30 Proplexe Vorlagen. Aufgaben wurden von zent in einer Anwaltskanzlei tätig - ein den Kantonen zum Bund verlagert. Und Politiker müssen heute fast rund um die Uhr erreichbar sein.

Besonders attraktiv geworden ist ein Parlamentsmandat für junge, ambitionierte Politiker. Sie machen laut Sarah Bütikofer bereits über

«Das Milizparlament

scheint primär in den

Köpfen und weniger

im Ratssaal weiter zu

existieren.»

SARAH BÜTIKOFER,

POLITOLOGIN

einen Viertel der Bundesversammlung aus. «Bessere Strukturen und Ressourcen schaffen Anreize für diesen neuen Typ, den man eigentlich nur aus Berufsparlamenten kennt.»

Der Anreiz, mitzugestalten

Politik zu machen, statt Angestellter zu sein, tönt für manche verlockend. Eine, die insgesamt gut 100 Prozent für das Parlamentsmandat und weitere Mandate im Umwelt- und Solarbereich aufwendet, ist Nationalrätin Nadine Masshardt (SP, Bern, 31). Entscheidend sei für sie der Anreiz, mitzugestalten und nicht die Einkünfte als Nationalrätin. Für die anderen Mandate erhält sie keine Entschädigung. Die Bernerin plädiert für mehr Ehrlichkeit: «Nur eine kleine Minderheit der Parlamentarier ist noch mehr-

heitlich berufstätig.» Bürgerliche Jungpolitiker sehen die Entwicklung zum Berufsparlament dagegen kritisch. Kehrseite sei die Abhängigkeit vom Amt, sagt Andreas Ca-

Berufsweg, den viele Bürgerliche wählen. Dasselbe macht zu 50 Prozent Nationalrat Lukas Reimann (SVP, St. Gallen, 33), seit er Anfang Jahr die Uni abschloss. Beides zu kombinieren, sei zwar eine grosse Herausforderung, aber

> machbar. Er sieht das Milizparlament nicht am Ende.

Weniger Lohn, mehr Flexibilität

Einen anderen Weg hat SVP-Nationalrat Thomas Aeschi (36) gewählt: Der Zuger arbeitet als Unternehmensberater in einer Strategiefirma. Er bedauert, dass das

Parlament nicht auf dem neusten Stand der Technik ist. «Gewisse Diskussionen, etwa die Kenntnisnahme von Berichten, könnte man mit einer Telefonkonferenz führen.» So wären die Politiker flexibler. Zudem kritisiert Aeschi, dass die Entschädigung viel zu hoch ist. Bei einer Senkung wären mehr Politiker in der

Privatwirtschaft tätig.
Letzteres wünscht sich auch Economiesuisse, der Dachverband der Wirtschaft. Mit einer Kampagne fordert er, dass Politik und Unternehmen wieder näher zusammenrücken. Ob diese eine Wirkung hat, werden die nächsten Wahlen zeigen.

TOBIAS GAFAFER schweiz@luzernerzeitung.ch